
Presseinformation Nr. 235

15. Februar 2006

GRUSS:
**Scheidungsverfahren muss zum Wohle der Kinder
verbessert werden.**

BERLIN. Zu den heute von Bundesjustizministerin Brigitte Zypries vorgestellten Plänen einer Reform in Familiengerichtsverfahren und Kindschaftssachen erklärt die kinder- und jugendpolitische Sprecherin der FDP-Bundestagsfraktion, Miriam GRUSS:

Das Wohl der Kinder in Familiensachen stärker in den Mittelpunkt zu rücken, ist ein begrüßenswerter Ansatz. Dass Brigitte Zypries ihre Neuerungen heute aber als Stärkung der Kinderrechte verkaufen will, entbehrt jedes Sachverstands. Denn eine Verbesserung der Situation von Scheidungskindern enthält dieses Papier gerade nicht.

Nach Zypries' Willen wird Kindern in schwierigen Scheidungsfällen künftig ein Verfahrensbeistand zur Seite stehen, der ihre Interessen vertreten soll. Dem ohnehin schon durch die Trennung der Eltern stark belasteten Kind wird ein Fremder zugeteilt, zu dem das Kind weder Vertrauen, noch irgendeine andere Art von Beziehung hat. Der Verfahrensbeistand kennt weder das Kind, noch die Familienverhältnisse. Und diese Institution soll nun dem Wohle des Kindes dienen?

Das Eckpunktepapier aus dem Justizministerium lässt außerdem wichtige Fragen ungeklärt. Wie wird beispielsweise der Beistand ausgewählt? Für welche Altersgruppe soll der Beistand zuständig sein? Wer entscheidet, inwieweit das Kind mit in das Verfahren einbezogen wird? Hier wird eine weitere bürokratische Instanz geschaffen, die ihren Zweck verfehlt. Bereits jetzt werden viele Kindschaftssachen schon per einstweiliger Anordnung schnell behandelt und entschieden. Eine Reform ist dafür nicht notwendig. Was wirklich dem Wohle des Kindes dient, ist ein möglichst reibungsloser Ablauf des Scheidungsverfahrens, eine schnelle und unkomplizierte Einigung in Sorgerechtsfragen und eine permanente Berücksichtigung der Bindungen und Bedürfnisse des Kindes. Es obliegt dem Verantwortungsbewusstsein der sich trennenden Eltern und aller Beteiligten, dies zu fokussieren.

Protestieren Sie gegen die Vorverlegung der Sozialversicherungsabgaben!
Machen Sie mit bei unserer E-Card-Aktion!
www.fdp-fraktion.de

Verantwortlich:
ISABELLA PFAFF

Telefon
(030) 227-52388

Fax
(030) 227-56778

E-Mail
pressestelle@
fdp-bundestag.de

WWW.FDP-FRAKTION.DE

Knut Steinhäuser
Telefon: (030) 227-52378
pressestelle@fdp-bundestag.de